

Dreißig Jahre nach dem Dayton-Paris-Abkommen: Die EU muss sich in Bosnien und Herzegowina engagieren

[Željana Zovko - 01 Apr 2025](#)

Dreißig Jahre nach dem Dayton-Paris-Abkommen, das den Konflikt in Bosnien und Herzegowina beendete, beunruhigt die politische Situation des Landes die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Europäer. Das institutionelle System, das aus diesem Abkommen hervorging, war die einzige Möglichkeit, Kroaten, Bosniaken und Serben zufrieden zu stellen, doch nun ist es brüchig geworden. Željana Zovko meint: "Die Europäische Union muss eine große Rolle spielen. Alles, was auf dem Westbalkan geschieht, wirkt sich erheblich auf den Frieden im restlichen Europa aus".



[Stiftung](#) | [Ukraine](#) | [Kommission](#) | [Parlament](#) | [Rat der Europäischen Union](#) | [Diplomatie](#) |

[Gerichtshof](#) | [Deutschland](#) | [Spanien](#) | [Estland](#) | [Frankreich](#) | [Schweden](#) |

[Armenien](#) | [Bosnien-Herzegowina](#) | [Großbritannien](#) | [Türkei](#) | [Europarat](#) | [Eurobarometer](#) |

[Berichte / Studien](#) | [Kultur](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ **Stiftung :**



Das Schuman Network, Ideenschmiede für Europa

Das von der Robert-Schuman-Stiftung betriebene Schuman Network vereint 22 Think Tanks aus 13 europäischen Ländern. Dieses Netzwerk erleichtert die Zusammenarbeit zwischen Forschern, die sich auf europäische Angelegenheiten spezialisiert haben, und fördert den Austausch von Analysen zu verschiedenen Themen: soziale Fragen, wirtschaftliche Integration, Nachbarschaftspolitik oder Außenbeziehungen der EU. Seit seiner Gründung hat das Netzwerk 162 Publikationen veröffentlicht, die die Debatte über die Zukunft Europas bereichern. [Fortsetzung](#)

■ Ukraine :



Treffen in Paris zum Thema Frieden und Sicherheit für die Ukraine.

Nach einem Gespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj am Vortag richtete der französische Präsident Emmanuel Macron am 27. März in Paris das Gipfeltreffen der "Koalition der Willigen" aus, an dem fast 30 Länder teilnahmen. Das Gipfeltreffen führte zu starken Verpflichtungen zur Unterstützung der Ukraine, wobei sich die Diskussionen auf die Mobilisierung von Ressourcen und die internationale Solidarität angesichts der russischen Aggression konzentrierten. Die Schlussfolgerungen deuteten auf einen kollektiven Willen hin, den Druck auf Russland aufrechtzuerhalten und gleichzeitig den ukrainischen Widerstand zu unterstützen. Bei dieser Gelegenheit kündigten der britische Premierminister Keir Starmer und der französische Präsident Emmanuel Macron die Entsendung einer britisch-französischen Mission in die Ukraine an. Diese wird den Bedarf der ukrainischen Armee und strategische Standorte ermitteln, an denen sich die Streitkräfte der verbündeten Länder zur Abschreckung Russlands positionieren könnten. Die beiden Regierungschefs erklärten, dass diese "Rückversicherungstruppe" in den nächsten Tagen eingesetzt werden soll. [Fortsetzung](#)



Besuch des tschechischen Präsidenten Petr Pavel in der Ukraine

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, empfing seinen tschechischen Amtskollegen Petr Pavel am 21. und 22. März in Odessa, um die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich und die europäische Unterstützung für die Ukraine zu erörtern. Die beiden Staatschefs kündigten konkrete Projekte an, darunter die Lieferung von Munition, den Wiederaufbau von sechs Krankenhäusern und die Eröffnung eines Zentrums der Einheit in Prag für ukrainische Flüchtlinge. Die Tschechische Republik bekräftigte ihre Unterstützung für die Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union und der NATO. Der diplomatische Besuch endete mit einer gemeinsamen Erklärung über eine strategische Partnerschaft. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Erster Besuch der Sondergesandten für die Situation der Kinder in der Ukraine

Thórdís Kolbrún Reykfjörð Gylfadóttir, die im Februar 2025 zur Sondergesandten des Generalsekretärs des Europarates für die Situation der Kinder in der Ukraine ernannt wurde, reiste am 19. und 20. März zu ihrem ersten Informationsbesuch in die Ukraine. Während ihrer Reise verpflichtete sie sich, die Situation der ukrainischen Kinder öffentlich zu dokumentieren und die Frage ihres Schutzes im Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit zu halten. [Fortsetzung](#)

■ Kommission :



Junge Menschen teilen ihre Hoffnungen und Sorgen für die Zukunft mit.

Die Europäische Kommission hat am 25. März im Rahmen der Veröffentlichung des Jugendberichts 2024 und der Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage eine Online-Debatte auf der Plattform für Bürgerbeteiligung gestartet. Laut dieser Umfrage blicken 61% der jungen Europäer optimistisch in die Zukunft der Europäischen Union und 60% sind der Meinung, dass Europa einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft hat. Es gibt jedoch nach wie vor Bedenken, insbesondere die Lebenshaltungskosten (41%) und der Weltfrieden (30%) sind dabei zu nennen. In diesem Zusammenhang plant die Kommission, junge Menschen in den kommenden Jahren weiterhin in die Gestaltung der europäischen Politik einzubeziehen. [Fortsetzung](#)



Strategie zur Vorbereitung auf Bedrohungen und Krisen

Die Europäische Kommission hat am 26. März ihre Strategie zur Vorbereitung auf die Prävention von neu auftretenden Bedrohungen und Krisen vorgestellt. Diese Strategie versteht sich als Antwort auf die Zunahme von Krisen, Herausforderungen und deren Komplexität, seien sie geopolitischer oder hybrider Art. Sie folgt insbesondere auf den Niinistö-Bericht zu diesem Thema aus dem Jahr 2024. Die Strategie umfasst 30 Aktionen und einen Aktionsplan und hat mehrere Ziele: Schutz der wesentlichen gesellschaftlichen Funktionen der EU, Förderung der Bereitschaft der Bevölkerung, Stärkung der Koordinierung der Krisenreaktion und der zivil-militärischen Zusammenarbeit. [Fortsetzung](#)



Auswahl von 47 strategischen Projekten für Rohstoffe

Die Europäische Kommission hat am 25. März eine Liste von 47 strategischen Projekten angenommen, mit dem Ziel, die Kapazitäten im Bereich der strategischen Rohstoffe zu stärken. Diese Projekte stellen einen wichtigen Schritt in der Gesetzgebung zu diesem Thema dar. Das Ziel dieser Gesetzgebung ist es, sicherzustellen, dass die europäische Gewinnung, Verarbeitung und das Recycling von strategischen Rohstoffen bis 2030 10%, 40% bzw. 25% des Bedarfs der Europäischen Union decken. Die Projekte auf dieser Liste verteilen sich auf 13 Mitgliedstaaten, decken ein oder mehrere Segmente der Rohstoff-Wertschöpfungskette ab und sollen mit einer Gesamtkapitalinvestition von 22,5 Mrd. € gefördert werden. [Fortsetzung](#)

■ Parlament :



Änderungen bei Führerscheinen bis 2030

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments und der Rat haben sich am 25. März darauf geeinigt, bis Ende 2030 einen digitalen Führerschein einzuführen, der über ein Mobiltelefon zugänglich ist und dem physischen Führerschein gleichwertig ist. Er wird 15 Jahre lang gültig sein und neue Fahrer werden eine zweijährige Probezeit haben. Eine medizinische Untersuchung oder eine Selbsteinschätzung wird ebenfalls erforderlich sein, um diesen Führerschein zu erhalten. [Fortsetzung](#)

■ Rat der Europäischen Union :



Treffen der Landwirtschafts- und Fischereiminister

Die europäischen Landwirtschafts- und Fischereiminister tauschten sich bei ihrem Treffen am 24. März über Lebensmittel aus und diskutierten über die Zukunft der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP). Sie betonten die Notwendigkeit eines angemessenen und separaten Budgets für die GAP. Schließlich diskutierten sie darüber, wie wichtig es ist, Bürokratie abzubauen und die Politik zu vereinfachen. [Fortsetzung](#)



Treffen der Umweltminister

Die Umweltminister sprachen bei ihrem Treffen am 27. März über den Pakt für eine saubere Industrie, der von der Kommission am 26. Februar vorgestellt wurde. Die Diskussionen konzentrierten sich auf Methoden, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei gleichzeitigem Übergang zum Null-Emissions-Ziel ermöglichen, sowie auf die Anerkennung der Notwendigkeit einer angemessenen Finanzierung, um dieses Ziel zu erreichen. Weitere Themen waren die globale Umweltpolitik, wobei der Schwerpunkt auf einer besseren Zusammenarbeit lag, um die ordnungsgemäße Umsetzung multilateraler Vereinbarungen zu gewährleisten. [Fortsetzung](#)



Neue EU-Sanktionen gegen Belarus

Am 27. März verhängte die Europäische Union zusätzliche restriktive Maßnahmen gegen 25 belarussische Einzelpersonen und 7 Organisationen, die für die Verschlechterung der demokratischen Funktionsweise, Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit und interne Repressionen verantwortlich sind. Die Sanktionen richten sich insbesondere gegen Mitglieder der Wahlkommission, Richter und Unternehmen, die vom Lukaschenko-Regime profitieren, sowie gegen Akteure, die an der militärischen Zusammenarbeit mit Russland beteiligt sind. Die Europäische Union bekräftigt ihre Unterstützung für das belarussische Volk in seinem Streben nach Freiheit und Demokratie ebenso wie für die Ukraine. [Fortsetzung](#)

■ Diplomatie :



20. Ministertreffen mit Zentralasien

Am 27. März trafen sich die Außenminister zentralasiatischer Länder (Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan und Kirgisistan) und die Hohe Vertreterin der EU, Kaja Kallas, zu ihrem 20. Ministertreffen in Aschgabat. Sie bekräftigten ihr Engagement für die Vertiefung ihrer Partnerschaft und hoben die Fortschritte in Schlüsselbereichen wie der politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit hervor. Außerdem bereiteten sie das EU-Zentralasien-Gipfeltreffen vor und bekräftigten ihre Unterstützung für Initiativen für Frieden und nachhaltige Entwicklung. [Fortsetzung](#)



Gipfeltreffen zur Grenzsicherheit in London

Der Gipfel zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität fand am 30. und 31. März in London statt. Die Diskussionen, an denen mehr als 40 Länder teilnahmen, darunter die USA, Frankreich, Vietnam und der Irak, konzentrierten sich auf die Stärkung der Grenzsicherheit, insbesondere auf die Zerschlagung von Schleuser- und Menschenhändlernetzwerken. So konnten die Regierungsvertreter die Frage der Finanzierung dieser Netzwerke durch illegale Einlagen oder Werbung in sozialen Netzwerken ansprechen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Petersberger Klimadialog

Der 16. Petersberger Klimadialog fand am 25. und 26. März in Berlin statt und brachte die Klimaminister aus über 40 Staaten zusammen. Bei dem Treffen wurden Wege aufgezeigt, wie die internationale Zusammenarbeit ausgebaut und die Umsetzung einer klimaneutralen Wirtschaft beschleunigt werden kann. So wurden im Rahmen des Petersberger Dialogs die Herausforderungen der nächsten Weltklimakonferenz, der COP30 in Brasilien, wie die Stärkung des Pariser Abkommens, dargelegt. [Fortsetzung](#)

■ Gerichtshof :



Ernennung von 13 Richtern am Gerichtshof der Europäischen Union

Die Vertreter der Mitgliedstaaten haben am 26. März 13 Richter für den Gerichtshof der Europäischen Union ernannt. Diese Ernennungen erfolgen im Rahmen der teilweisen Erneuerung des Gerichts: Die Amtszeit von 26 Richtern läuft am 31. August 2025 ab. Die Amtszeit der neuen Richter beträgt 6 Jahre und beginnt am 1. September 2025. [Fortsetzung](#)

■ Deutschland :



Sitzung des neuen Bundestags

Die Auftaktsitzung des Bundestags fand am 25. März statt. Die ehemalige Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) wurde zur Präsidentin gewählt und tritt die Nachfolge von Bärbel Bas an. Gleichzeitig wurde Bundeskanzler Olaf Scholz vom deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier beauftragt, die laufenden Geschäfte zu führen, bis eine neue Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD ins Amt kommt. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Spanien :



Nationaler Plan für die Verteidigungsindustrie

Am 26. März kündigte der spanische Premierminister Pedro Sánchez einen nationalen Plan zur Förderung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Spanien an, um der russischen Bedrohung und dem Rückzug der USA entgegenzutreten. Vor dem Unterhaus des spanischen Parlaments erinnerte er daran, dass Spanien die 2014 gegenüber der Europäischen Union eingegangene Verpflichtung einhalten werde, 2% des Bruttoinlandsprodukts für Investitionen in Sicherheit und Verteidigung bereitzustellen. [Fortsetzung](#)

■ Estland :



Parlament beschließt Beschränkungen für russische Staatsangehörige

Das estnische Parlament verabschiedete am 26. März eine Verfassungsänderung, die das Wahlrecht bei Kommunalwahlen für in Estland lebende Drittstaatsangehörige widerruft. Diese Maßnahme, die von einer überwältigenden Mehrheit der Abgeordneten unterstützt wurde, richtet sich hauptsächlich gegen die 80.000 russischen Staatsbürger, die im Land leben. Die Entscheidung, die durch Sicherheitsbedenken im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine begründet ist, muss noch vom estnischen Präsidenten Alar Karis bestätigt werden, der Vorbehalte geäußert hat. Dies ist Teil einer Reihe von Beschränkungen für russische Staatsbürger, die aufgrund der zunehmenden Spannungen zwischen den baltischen Staaten und Russland verhängt wurden. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Frankreich :



3. Nutrition for Growth Summit in Paris

Am 27. und 28. März fand in Paris der Nutrition for Growth Summit statt, bei dem verschiedene internationale Akteure zusammenkamen, um über innovative Lösungen zur Bewältigung der Ernährungsunsicherheit zu diskutieren. Der französische Präsident Emmanuel Macron eröffnete die Konferenz und betonte, wie wichtig das Engagement des Privatsektors und von Philanthropen sei, insbesondere durch die Schulspeisung. Ziel des Gipfels ist es, neue Verpflichtungen zur Verbesserung der Qualität der Ernährung auf globaler Ebene zu erreichen. [Fortsetzung](#)

■ Schweden :



Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 3,5% des BIP und Unterstützung für die Ukraine.

Der schwedische Premierminister, Ulf Kristersson, stellte am 26. März auf einer Pressekonferenz die Vorschläge der Regierung zum Thema Verteidigung vor. Unter diesen Vorschlägen kündigt die schwedische Regierung an, ihre Verteidigungsausgaben bis 2030 auf 3,5% des BIP zu erhöhen. Darüber hinaus wird Schweden seine Hilfe für die Ukraine bis 2025 um 3,5 Mrd. € erhöhen, um das Land gegen die russische Invasion zu unterstützen. [Fortsetzung](#)

■ Armenien :



Abstimmung über die Einleitung des Beitrittsprozesses in Armenien

Am 26. März verabschiedete das armenische Parlament in letzter Lesung mit 64 zu 7 Stimmen einen Text, der die Einleitung des Beitrittsverfahrens des Landes zur Europäischen Union ermöglicht. Der Text fordert die armenische Regierung auf, den EU-Beitrittsprozess einzuleiten und reiht sich ein in die zunehmende Zahl von Misstrauensbekundungen Eriwans gegenüber dem historischen Verbündeten Russland, insbesondere wegen der fehlenden Unterstützung bei der Rückeroberung Berg-Karabachs durch Aserbaidschan. [Fortsetzung](#)

■ Bosnien-Herzegowina :



Internationaler Haftbefehl gegen Milorad Doik

Am 27. März stellte der bosnische Staatsgerichtshof einen internationalen Haftbefehl gegen den politischen Anführer der bosnischen Serbenrepublik (RS), Milorad Dodik, aus. Er wird des Angriffs auf die verfassungsmäßige Ordnung aufgrund einer Gesetzgebung des Parlaments der Republika Srpska verdächtigt, die es der zentralen Justiz und der Polizei des Landes untersagt, in der serbischen Entität tätig zu werden. Von nun an wird der Antrag von Interpol zur Bestätigung geprüft. [Fortsetzung](#)

■ Großbritannien :



Überarbeitung des Haushaltsplans

Die britische Finanzministerin Rachel Reeves stellte am 26. März vor dem Unterhaus die aktualisierte Fassung des Haushaltsplans vor. So erklärte sie, dass die Ausgaben für die Sozialschutzmechanismen halbiert würden und dass dem Verteidigungsministerium zusätzliche 2,2 Milliarden £ zugewiesen würden, um der "wachsenden globalen Unsicherheit" zu begegnen. Das englische Office for Budgetary Responsibility (OBR) hat die Wachstumsprognosen für 2025 nach unten korrigiert. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Türkei :



Die Proteste in der Türkei gehen weiter

Seit dem 19. März nehmen die Proteste gegen die Verhaftung von Ekrem Imamoğlu, dem Hauptgegner des derzeitigen türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, immer weiter zu. Die türkische Regierung hat unter anderem Versammlungen verboten und mehr als zweitausend Demonstranten, darunter Journalisten und Oppositionelle, festgenommen. Trotz des Verbots protestierten am 29. März mehrere Millionen Menschen. Mehrere europäische Staaten, darunter Frankreich, prangerten schwere Verstöße gegen die Demokratie an und äußerten ihre Besorgnis. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Europarat :



Berichte über die Korruptionsbekämpfung in Dänemark

Die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarates hat am 25. März zwei Berichte veröffentlicht, in denen sie die geringe Umsetzung der Empfehlungen beklagt, die die Institution 2014 an Dänemark gerichtet hat. Keine der für Parlamentarier vorgesehenen Maßnahmen wurde umgesetzt, und nur zwei von vierzehn Empfehlungen wurden für hohe Ämter der Exekutive und der Strafverfolgungsbehörden umgesetzt. Die GRECO fordert dringende Maßnahmen und plant eine hochrangige Mission, um Fortschritte zu fördern. [Fortsetzung](#)



Besorgnis des Kongresses über die Lage in Georgien und der Türkei

Am 26. März hat der Kongress des Europarats mit Besorgnis den raschen Rückgang der Demokratie zur Kenntnis genommen, der in den letzten zwei Jahren in Georgien zu beobachten war. Man fordert die georgischen Behörden nachdrücklich auf, den politischen Dialog auf allen Ebenen und mit allen Beteiligten, einschließlich der lokalen Behörden, der Opposition und der Zivilgesellschaft, wieder aufzunehmen, um die wesentlichen Gleichgewichte in einer pluralistischen Demokratie und die Rechte der Opposition im Hinblick auf die Kommunalwahlen im Jahr 2025 wiederherzustellen. Am 27. März forderte der Kongress die türkischen Behörden auf, die Verfolgung und Inhaftierung von gewählten Vertretern der Oppositionsparteien einzustellen, die inhaftierten Personen freizulassen, die Rechte der Verteidigung zu gewährleisten und von einer übermäßigen Anwendung der Untersuchungshaft ohne eindeutige Verdachtsmomente abzusehen. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Eurobarometer :



Die Europäische Union: ein Vorteil für die Bürger

Laut der letzten Eurobarometer-Umfrage, die am 25. März veröffentlicht wurde, sehen 74% der Europäer die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union als einen Gewinn an, was den höchsten Wert seit 1983 darstellt. Verteidigung, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Inflation gehören zu den größten Sorgen der Bürger und die Mehrheit der Europäer wünscht sich eine stärkere Rolle des Europäischen Parlaments, insbesondere im Kampf gegen die steigenden Lebenshaltungskosten. [Fortsetzung](#)

■ Berichte / Studien :



Das Europäische Patentamt veröffentlicht seinen Index 2024.

Das Europäische Patentamt veröffentlichte am 25. März den Patent Index 2024, in dem es hervorhebt, dass das hohe Niveau der Patentanmeldungen im Vergleich zum Jahr 2023 beibehalten wurde. Im Jahr 2024 wurden 199 264 Patentanmeldungen beim Amt eingereicht, was nach drei Jahren starken Wachstums einer Veränderung von -0,1% gegenüber dem Jahr 2023 entspricht. Der Bereich Computertechnologie belegte mit 16 815 Anmeldungen zum ersten Mal den ersten Platz in der Rangliste der Patentanmeldungen. Maschinen und elektrische Energie sowie digitale Kommunikation sind die beiden anderen Bereiche, die das Podium belegen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Bericht über vereinfachte Zollverfahren

In einem am 24. März veröffentlichten Bericht vertritt der Rechnungshof die Ansicht, dass die finanziellen Interessen der Europäischen Union und des Binnenmarktes nicht ausreichend gegen Mehrwertsteuerbetrug bei der Einfuhr geschützt sind, wenn vereinfachte Zollverfahren angewendet werden. Man stellte insbesondere mehrere Fälle fest, in denen Importeure den Wert bestimmter Waren unterschätzten. Die von den Mitgliedstaaten durchgeführten Kontrollen, die nicht ausreichend miteinander kooperieren, weisen in der Tat schwerwiegende Mängel auf. Der Hof empfiehlt daher eine Harmonisierung der Vorschriften für vereinfachte Verfahren bei der Einfuhr. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Bericht über den Arbeitsmarkt

Der Europäische Rechnungshof deckt auf, dass die aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) finanzierten Arbeitsmarktreformen trotz einer Mittelausstattung von 650 Milliarden € nur teilweise auf die strukturellen Herausforderungen der Mitgliedstaaten eingewirkt haben. Fast die Hälfte der Empfehlungen wurde nicht berücksichtigt, wodurch wichtige Probleme ungelöst blieben. Der Hof fordert eine strengere Bewertung der Auswirkungen dieser Reformen. [Fortsetzung](#)

■ Kultur :

ALBERTINA

Leonardo da Vinci und Albrecht Dürer in Wien

Bis zum 9. Juni stellt das Albertina Museum in Wien Werke von Leonardo da Vinci und Albrecht Dürer aus. Die Ausstellung lässt die Zeichnungen der beiden Renaissancekünstler in einen Dialog treten. Während diese Arbeiten in Italien als Skizzen und Studien im künstlerischen Prozess dienten, waren sie in den deutschsprachigen Ländern eher religiösen und mythologischen Themen gewidmet. Bei Gelegenheit zeigt das Museum auch die Werke anderer Künstler aus der gleichen Zeit wie von Raffael, Tizian oder Holbein. [Fortsetzung](#)



Victor Hugos Zeichnungen in London

Die Royal Academy of Arts in London stellt in Zusammenarbeit mit dem Maison Victor Hugo und der La Bibliothèque nationale de France bis zum 29. Juni die Zeichnungen des Schriftstellers Victor Hugo aus. Seine Arbeiten mit Tinte und Lavierung zeigen imaginäre Schlösser, Monster und Meereslandschaften, die von seinen zahlreichen Reisen inspiriert wurden. Sie werden nur selten öffentlich ausgestellt und sind ein Echo auf Victor Hugos Schriften, die ihrerseits zahlreiche Künstler der Romantik, des Symbolismus und des Surrealismus beeinflusst haben. [Fortsetzung](#)



MUSÉE
D'ARTS
DE
NANTES

Optische und digitale Kunst in Nantes

Das Kunstmuseum in Nantes zeigt bis zum 31. August die Ausstellung Electric Op. Diese erkundet die optische und kinetische Kunst anhand von Werken von Vasarely, Morellet und Molnar und stellt die Interaktion zwischen Licht, Bewegung und visueller Wahrnehmung in den Vordergrund. Durch die Präsentation ikonischer und interaktiver Exponate lädt die Ausstellung die Besucher ein, faszinierende visuelle Illusionen zu erleben. Electric Op enthüllt den Einfluss dieser Künstler auf die Entwicklung der künstlerischen Technologien. [Fortsetzung](#)



CCCB

Chris Ware in Barcelona

Bis zum 9. November zeigt das Zentrum für zeitgenössische Kultur in Barcelona eine Ausstellung, die Chris Ware, einem der innovativsten Künstler des modernen Comics, gewidmet ist. Diese lässt das Werk und das künstlerische Denken des Zeichners Revue passieren. Anhand von Originalstücken, Animationen, Objekten, Skulpturen und Zeichnungen, die die Erfindung der Sprache beleuchten und die menschliche Existenz mit großer Tiefe behandeln, lädt die Präsentation die Besucher dazu ein, einen chronologischen Blick auf das Werk eines Meisters der Comic-Kunst zu werfen. [Fortsetzung](#)



CaixaForum

Die Welt von Alice in Madrid

Vom 4. April bis zum 3. August zeigt das CaixaForum in Madrid die erste Ausstellung, die einen breiten Überblick über die Wirkung von Lewis Carrolls Büchern mit der Hauptfigur Alice bietet. Fast 160 Jahre nach der Niederschrift von "Alice's Abenteuer im Wunderland" sind diese Geschichte und ihre Protagonistin nun Teil der kollektiven Vorstellungskraft vieler Generationen. Ihr Einfluss erstreckt sich über Generationen, Künstler und Disziplinen: Mode, Theater, Film, Fotografie und Wissenschaft. Die Ausstellung bietet verschiedene Antworten auf die Frage, warum eine viktorianische Figur so wichtig ist und ihre Schriften hervorgebracht hat, sowie auf die Aktualität der Themen und Ideen, die sie aufwirft. [Fortsetzung](#)



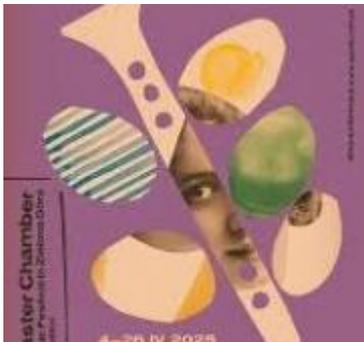
Art Paris 2025

Die Art Paris 2025 findet vom 3. bis 6. April im Grand Palais statt und versammelt 170 Aussteller aus 25 Ländern. Die Messe beleuchtet zwei Hauptthemen: "Immortelle" über zeitgenössische figurative Malerei und "Hors limites", das die kulturelle Vermischung erforscht. Neue Plattformen sind der aufstrebenden Kunst gewidmet, insbesondere mit dem Sektor "Promesses" (Versprechen). Die 27. Ausgabe verspricht ein reichhaltiges Programm mit monografischen Ausstellungen. [Fortsetzung](#)



Messe für zeitgenössische Kunst in Köln

Die Kunstmesse Discovery findet vom 3. bis 6. April in Köln statt und präsentiert ein breites Spektrum an aufstrebenden Werken zeitgenössischer Kunst. An der Veranstaltung nehmen zahlreiche lokale und internationale Galerien teil, die die Arbeiten von Künstlern in verschiedenen Medien präsentieren: Skulpturen, Grafikdrucke, Malerei und Mischtechniken. [Fortsetzung](#)



Oster-Kammermusikfestival in Zielona Góra

Vom 4. bis 26. April findet in Zielona Góra das fünfte Oster-Kammermusikfestival statt. Die Veranstaltung, die von der polnischen EU-Ratspräsidentschaft unterstützt wird, bietet kostenlose Konzerte mit renommierten Künstlern sowie aufstrebenden Talenten. Das Programm umfasst Werke von Komponisten wie Chopin und Bacewicz. Ein weiterer Höhepunkt des Festivals ist das V4-Quartett, das die Länder der Visegrad-Gruppe repräsentiert. Die Konzerte finden im Palast von Sary Kisielin und im Büro für Kunstaussstellungen statt. [Fortsetzung](#)

■ Agenda :

 31. März bis 03. April 2025

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments (Straßburg)

 03/04/2025

Erstes Gipfeltreffen zwischen der EU und Zentralasien



Der Buchstabe n°1105

PDF

auf Deutsch -- Ausgabe von Dienstag 1. April 2025

↓ Ich lade runter

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Helen Levy ;

**Catherine d'Angelo, Maxime Painot,
Fabio Tomasic, Marie Cohignac, Florine
Chabat-Courede, Louise Rousseau,**

Sophie Riondet

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Kontaktiere uns!

info@robert-schuman.eu

Chefredakteur :

Juliette Bachschmidt

Publikationschef :

Pascale Joannin

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)

**FONDATION ROBERT
SCHUMAN**

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}